

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947**

38 (24.10.1947)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.50, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 30 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.80 zuzüglich Zustellgebühr)

Anzeigenpr.: Die 5 mm Di. Nonp.-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 1.—. Amtl. Anzeiger 5/4 Nachschl.

1. Jahrgang / Nummer 38

Freitag, den 24. Oktober 1947

Einzelpreis 30 Pfennig

## Welt-Rundschau

**Paris, (Dena-INS.)** Ein Bauer im Département Corréze wurde von einem deutschen Kriegsgefangenen, mit dem er öfters Streit hatte, aufgehängt, konnte jedoch rechtzeitig von seiner Tochter gerettet werden.

**Paris, (Dena-INS.)** Der Exekutivausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs veröffentlichte eine Erklärung, in der eine Listenverbindung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten bei dem Abschluß der Gemeindevahlen in Frankreich gebilligt wird.

**Paris, (Dena-INS.)** Der Pressechef General de Gaulle erklärte, daß er sich entschlossen, völlig freie Hand zu behalten.

**Den Haag, (Dena-INS.)** Der holländische zentrale Ehrenrat für Künste entschied, daß der frühere holländische Dirigent der Amsterdamer „concertgebouw orchestras“, William Mengelberg, rückwirkend vom 1. Juli 1945 seinen Beruf in der Öffentlichkeit für 6 Jahre nicht mehr ausüben und auf die Dauer von 6 Jahren keiner Musikorganisation angehören darf.

**Lissabon, (Dena-Reuters.)** Der 9000 Tonnen-Frachtdampfer „Rio Grande“ (Panama) sank an der Westküste Portugals, nachdem er die vorhergehende Nacht auf einen Felsen aufgelaufen war.

**Hilja (Irak), (Dena-Reuters.)** Etwa 1000 arabische und kurdische Schicks beschloßen, jeglichen Plan zur Teilung Palästinas zurückzuweisen und die Teilung als eine Aggression gegen die arabischen Staaten anzusehen, die leicht zu Blutvergießen und zum Abbruch eines heiligen Krieges führen könnte.

**Kairo, (Dena-Reuters.)** Die ägyptische Regierung ordnete die Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs für 4 Tage an, um der Ausbreitung der Choleraepidemie Einhalt zu gebieten.

**Chikago, (Dena-Reuters.)** Der Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im US-Außenministerium Willard Thorp erklärte, die Alternative einer wirksamen amerikanischen Hilfe bei der Stabilisierung der europäischen Verhältnisse sei das Chaos, „aus dem sich Tyrannen, vielleicht der Kommunismus oder ein neu erstehender Faschismus entwickeln würde.“

**Santiago de Chile, (Dena-Reuters.)** Die chilenische Regierung gab den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zur Tschechoslowakei bekannt.

**San Jose (Costa Rica), (Dena-INS.)** Das Außenministerium Costa Ricass sandte an die brasilianische Regierung nach Rio de Janeiro ein Schreiben, in dem sich Costa Rica völlig solidarisch mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bezieht.

**Sant Johns (Neufundland), (Dena-Reuters.)** Ein amerikanisches Militärflugzeug stürzte bei Antennia auf Neufundland ab. Sieben Besatzungsmitglieder kamen ums Leben, während die restlichen vier gerettet und in ein Hospital übergeführt wurden.

**Kolumbia (Südkarolina), (Dena-Reuters.)** Der frühere amerikanische Außenminister James F. Byrnes schlug in einer Rede vor, die Vereinigten Staaten Großbritannien und Frankreich sollten ohne Rücksicht auf die sowjetische Haltung jetzt eine endgültige Konferenz über einen Friedensvertrag mit Deutschland einberufen.

**Detroit, (Dena-INS.)** Mit einer wahrscheinlichen Gesamtproduktion von über 84 Mill. Tonnen Stahl werden die USA im Jahre 1947 einen neuen Rekord für Friedenszeiten aufstellen.

## Fragen an Wyschinski

**New York, 23. Okt. (Dena-Reuters.)** Die Vereinigten Staaten forderten den politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung auf, den sowjetischen Vorschlag auf Maßnahmen gegen „Kriegstreiber“ als im Gegensatz zur UN-Charta stehend abzulehnen. Der amerikanische Delegierte Warren Austin erklärte zu dem Vorschlag, er lenke die Aufmerksamkeit von den praktischen Maßnahmen zur Beseitigung der Kriegursachen ab und widerstrebe den Grundsätzen der Charta. Austin betonte, daß eine Regierung Dienerin des Volkes sei und fragte, ob Wyschinski, wenn er die Macht hätte, den ehemaligen Außenminister Byrnes, den er als Kriegstreiber bezeichnete, verhaften würde. „Ohne Zweifel würde er das tun“, sagte er, und er würde auch andere mündlich zu machen versuchen. Die Versuche, Gedanken und Meinungsfreiheit zu unterdrücken, fuhr Austin fort, könnten auf lange Sicht niemals Erfolg haben. Maß könne die Menschen nicht daran hindern, zu beobachten, Vergleiche anzustellen, zu denken und sich einander die wahren Gedanken zuzuhören. Sie würden eine Regierung, die sie daran hindert, offen als Menschen mit Selbstachtung zu sprechen, nur lassen können.

## Sondersitzung des Kongresses

**Washington, 23. Okt. (Dena.)** Präsident Truman hat den amerikanischen Kongreß zum 11. November zu einer Sondersitzung einberufen. Der Kongreß wird sich in dieser Sitzung mit den Hilfsmaßnahmen für das Ausland, besonders mit dem Soforthilfsprogramm für Frankreich, Italien, Oesterreich befassen.

## Demontagen erschweren Finanzreform

### Organischer Umbau der Wirtschaft notwendig

**Essen, 23. Okt. (Dena.)** Die Vorarbeiten zur Geldreform, die ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau der Wirtschaft ist, werden durch die vorgesehenen Demontagen äußerst erschwert, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses beim Wirtschaftsrat Franz Blücher einem Dena-Vertreter. Das Gelingen der Geldreform setze eine starke Beschäftigung der deutschen Wirtschaft voraus, so daß den öffentlichen Haushalten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen möglich gemacht ist. Zur Durchführung des Demontageplanes sagte Blücher, es erscheine ihm unmöglich, schon jetzt die deutsche Wirtschaft so tiefgreifend zu ändern, ohne eine klare Vorstellung über ihre zukünftige Form im Rahmen der Gesamtwirtschaft Europas und der Welt zu haben. Infolge der in allen Ländern stark veränderten Produktions- und Absatzverhältnisse könne ein Bild über die Wirtschaft eines Landes nur im Zusammenhang mit einer größeren internationalen Gesamtplanung geformt werden. — Der gegenwärtige Mangel an Produktionsgütern und die allgemeine deutsche Not verbiete seiner Ansicht nach einen so „revolutionären Eingriff“, wie ihn die vorgesehenen Demontagen darstellen. Vielmehr sei ein organischer Umbau geboten, für den von deutscher Seite konstruktive Vorschläge vorlägen. Gerade zu Beginn des Winters wirke die Demontagepläne „verheerend“ und stärke insbesondere diejenigen Kräfte, die im Neuaufbau der deutschen Wirtschaft eine Gefahr sehen und freihetlichen, demokratischen Ideen feindselig gegenüberstehen.

Wenn etwas in diesem Augenblick nötig sei, betonte Blücher, so wäre es der Glaube an eine gesicherte Zukunft für die deutsche Bevölkerung. Statt dessen

werden Arbeitsplätze vernichtet und die Güterversorgung auf lange Zeit empfindlich gestört.

Blücher ging abschließend nochmals auf die Währungsreform ein und meinte, daß die Öffentlichkeit im allgemeinen die Währungsreform viel zu sehr von der Seite des Geldes allein betrachte. Als wichtigste Vorarbeiten für die Reform bezeichnete er die Versorgung der Wirtschaft mit den notwendigen Betriebsmitteln, damit sie ohne Schwierigkeiten weiterarbeiten könne. Ferner

müsse mit der nach der Geldreform auftretenden Notlage der öffentlichen Haushalte geredet werden. Schließlich müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die vorhandene Produktionskapazität voll auszunutzen. Nur auf diese Weise sei die Beschaffung der notwendigen Rohstoffkredite möglich. Abschließend betonte Blücher, daß ein Zeitpunkt für die Durchführung der Währungsreform gegenwärtig noch nicht bestimmt werden könne.

## Die Lage erfordert Besonnenheit

### Die Ministerpräsidenten zum Demontageplan

**Wiesbaden, 23. Okt. (Dena.)** Zum Abschluß der Ministerpräsidenten-Tagung wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben:

„Die Ministerpräsidenten des britischen und amerikanischen Besatzungsgebietes und die Bürgermeister von Bremen und Hamburg waren mit ihren Wirtschafts- und Arbeitsministern am 22. Oktober 1947 in Wiesbaden, um die durch die Übergabe des Demontageplanes geschaffene Lage zu erörtern. Nach einer Aussprache mit Vertretern des Wirtschaftsrates und des Exekutivsausschusses beendeten sie ihre Beratung mit der einstimmigen Annahme folgender Entscheidung:

1. Bei den befohlenen Demontagen handelt es sich um Maßnahmen, die tief in den Organismus und die Substanz der deutschen Wirtschaft eingreifen und schwerwiegende materielle, außenpolitische und psychologische Folgen nach sich ziehen. Die angeordneten Maßnahmen stellen einen einseitigen Akt der beiden Militärregierungen dar, bei dem keine deutsche Stelle mitgewirkt hat. Die

Verantwortung für den befohlenen Demontageplan trifft somit ausschließlich die Besatzungsmächte.

2. Die Verpflichtung des deutschen Volkes, Wiedergutmachungen zu leisten und der Welt die Bereitschaft für eine friedliche Entwicklung zu geben, wird anerkannt. Die Wiedergutmachung darf aber das Leben des Volkes und die geistige und wirtschaftliche Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker nicht gefährden.

3. Die Besatzungsmächte haben erklärt, daß die Lösung des Reparationsproblems einer Erholung der europäischen Wirtschaft den Weg nicht verbauen werde. Hiermit steht der Demontageplan im Widerspruch. So sind z. B. allein im Lande Nordrhein-Westfalen 294 Betriebe, von denen nur 43 Rüstungsbetriebe sind, für die Demontage vorgesehen. Dadurch wird die auch gerade im europäischen Interesse notwendige Steigerung der Kohlenförderung unmöglich gemacht und die ebenso notwendige Stahlproduktion auf das schwerste beeinträchtigt.

4. Die Ministerpräsidenten haben den Direktor der Verwaltung für Wirtschaftsfragen gebeten, gemeinsam mit den Wirtschafts- und Arbeitsministern der Länder alle mit dem Demontageplan zusammenhängenden Fragen eingehend zu prüfen. Die mit den Militärregierungen geführten Verhandlungen werden in voller Übereinstimmung aller Länder erfolgen.

5. Mit der Demontagepläne wird dem deutschen Volk die Rechnung präsentiert für die verbrochene Politik der nationalsozialistischen Gewalthaber und ihrer Helfershelfer.

6. Die Lage erfordert Besonnenheit. Das deutsche Volk und namentlich die arbeitende Bevölkerung dürfen versichert sein, daß ihre Regierungen alles aufbieten werden, die Lebensrechte des Volkes zu wahren.

## Eine französische Demontagepläne

**Berlin, 23. Okt. (Dena.)** Eine Liste von 110 für Demontagewecke vorgesehene Werke haben, wie der „Kurier“ meldet, die französischen Besatzungsbehörden dem alliierten Kontrollrat zugeleitet. Diese Liste sei gegenüber der ursprünglichen Liste um 30 bis 40 Werke erweitert worden. Ferner soll der von der französischen Militärregierung Anfang 1947 aufgestellte Plan, der von den Industriewerken die Ablieferung einzelner Maschinen fordere, der gleichen Meldung zufolge jetzt durchgeführt werden. Jedoch soll die Demontage auf rund 10 000 Maschinen im Gesamtwert von 15 Millionen Mark beschränkt werden. Die Verteilung der demontierten Anlagen an die reparationsberechtigten Länder soll von der interalliierten Reparationsagentur in Brüssel vorgenommen werden. Bei der Ablieferung der Maschinen soll die Produktionsplanung der betreffenden Staaten berücksichtigt werden.

## UN beschließt Balkan-Sonderkommission

### Unterausschüsse für Palästinafrage — Ächtung der Kriegspropaganda

**New York, 23. Okt. (Dena.)** Der australische Delegierte E. V. Ewart, brachte der UN-Vollversammlung einen Vorschlag ein, demzufolge ein UN-Ausschuß zum Balkan entsandt werden sollte, der eine Ausöhnung zwischen Griechenland und seinen nördlichen Nachbarn herbeiführen und darüber Bericht erstatten soll. Erforderlichenfalls soll eine Sondersitzung der Vollversammlung über die Balkanfrage anberaumt werden. In längeren Ausführungen kritisierte Ewart die Haltung der nördlichen Nachbarstaaten Griechenlands und vor allen Dingen der Sowjetunion in der Balkanfrage. Der griechische Außenminister Constantin Tsaldaris erneuerte seinen Appell zur Unterstützung Griechenlands und erklärte, Griechenland befinde sich in einer größeren Gefahr als bei den faschistischen und nazistischen Invasionen.

Mit 40 gegen 6 Stimmen, bei 11 Stimmenthaltenen wurde die Schaffung einer ständigen Balkan-Sonderkommission beschlossen. Die polnische und die sowjetische Resolution, wonach alle ausländischen Truppen von griechischem Bo-

## Neuregelung des Zulagewesens

**Stuttgart, 23. Okt. (Eig. Bericht.)** In einer Sitzung mit den Gewerkschaften, den leitenden Gewerbeaufsichtsbeamten von Nordwürttemberg und Norobaden vertrat das Arbeitsministerium den Standpunkt, daß die bisherige Regelung der gewerblichen Lebensmittelzulagen unhaltbar sei. Es erscheine dringend notwendig, in Verbindung mit der Staatsregierung, dem Landtag, dem bizonalen Ernährungs- und Landwirtschaftsamt und den Gewerkschaften eine völlige Neuregelung nicht nur des Zulagewesens, sondern der gesamten Ernährungspolitik zu schaffen.

## Einsatz der Schwerkriegsbeschädigten

**Stuttgart, 23. Okt. (Eig. Bericht.)** Die württembergisch-badische Staatsregierung hat kürzlich das Gesetz über die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter verkündet. Nach diesem Gesetz sind bei Verwaltungen des Staats, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie bei privaten Banken, Versicherungen aller Art und Bau- und Sparkassen 10%, bei Betrieben staatlicher und privater Natur mindestens 5% mit Schwerkriegsbeschädigten zu besetzen. Maßgebend für diese Quote ist der jeweilige Beschäftigungsstand am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres. Die Eingliederung der Schwerkriegsbeschädigten in den Arbeitsprozeß ist Aufgabe des Landesarbeitsamtes und der Arbeitsämter. —

## Konsumgenossenschaftstagung

**Stuttgart, 23. Okt. (Dena.)** „Verband württembergisch-badischer Konsumgenossenschaften e. V.“ ist die neue Bezeichnung für den bisherigen Konsumgenossenschaftlichen Landesverein für Württemberg-Baden. In den Vorstand des neuen Verbandes wurden Dr. h. c. Hermann Heimerich, Heidelberg; Arthur Brunk, Stuttgart; Karl Bölliger, Mannheim gewählt. In seinem Referat erklärte Dr. Heimerich, in der Bizone entfielen 30% der gesamten Textilproduktion auf einen bevorzugten Kreis von etwa 3-4 Millionen Menschen. Er forderte Gründung von Warenhäusern, Einstellung jeglicher Kleiderherstellung zugunsten tatsächlich notwendiger Güter und eines zunehmenden Einfluß der Genossenschaften auf die Produktion.

## Keine Bindung Englands nach USA

**London, 23. Okt. (Dena-Reuters.)** Der britische Außenminister Ernest Bevin brachte seinen Glauben an ein sozialistisches England, an eine große unabhängige Nation zum Ausdruck, die, wie er erklärte, zwischen den zwei mächtigen Begriffen des freien Handels und des Kommunismus“ steht. Bevin erwiderte auf die Angriffe, daß er Großbritannien an die USA binden wolle, er habe weder die Absicht, das Land an Moskau auf der einen Seite, noch an Washington auf der anderen Seite zu binden. Der britische Außenminister wies weiter dann darauf hin, daß in den nächsten Monaten 200 000 britische Soldaten aus Übersee in die Heimat zurückgeführt würden. „Wir werden aber eine schlagkräftige Armee, Marine und Luftwaffe beibehalten“, fügte er hinzu. „Als Außenminister werde ich nicht das Risiko eingehen, wie die Chamberlain-Regierung, die uns 1939 ins Verderben führte.“

## Fast wie bei uns

**Los Angeles, 23. Okt. (AP.)** Eugene H. White, ein junger Ignorant, mußte sich vor einem Gericht in Los Angeles wegen Brandstiftung an seinem eigenen Hause verantworten. Er gab vor den Richtern folgende Erklärung zur Rechtfertigung seines Verhaltens ab: „Ich hatte monatelang mit unglücklichem Fleiß an dem Haus gearbeitet, um meine in den Oststaaten lebende Familie nach Los Angeles nachkommen zu lassen, und es auch gerade fertiggestellt, als ein Beamter der Baupolizei erschien und erklärte, die Decke sei um zehn Zentimeter zu niedrig, ich war darüber so ärgerlich, daß ich das Haus einfach niederbrannte.“

## Umbildung des französischen Kabinetts

### Teilnahme der Kommunisten?

**Paris, 23. Okt. (Dena.)** Die französischen Minister haben dem französischen Premierminister ihren Rücktritt überreicht, um Ramadier Gelegenheit zu geben, das Kabinett so neu zu formen, wie er es für wünschenswert halte.

Premierminister Paul Ramadier hat dann mehrere Umänderungen vorgenommen. Der Verteidigungsminister Pierre Henri Teitgen wurde zum Wirtschaftsminister ernannt, während Jules Moch den Posten Teilgen übernimmt. Der Staatssekretär für Kolonialaufgaben, Paul Bechar, wurde mit der Koordinierung der nationalen Verteidigung beauftragt.

Kreise der französischen Sozialisten erklärten, daß das neue Kabinett nur vorübergehend sei und Premierminister Ramadier beabsichtige, dieses, nachdem es der Nationalversammlung zur Billigung vorgestellt worden ist, durch den Einbruch von Kommunisten zu erweitern. Die Kommunisten ihrerseits sind zur Unterstützung des neuen Kabinetts bereit. — Der ehemalige französische Premier Leon Blum hat Ministerpräsident Ramadier um eine Annäherung an den kommunistisch beherrschten französischen Gewerkschaftsbund CGT ersucht. Die MRP hat ihre Haltung gegenüber der Partei de Gaulle versteift.



Unser Bild zeigt General de Gaulle in Begleitung eines Würdenträgers von Algier und General Deschamps nach seiner kürzlich gehaltenen Rede. (Dena-Inf-Bild)

# Süddeutsche Allgemeine

Verantwortlich unter Lizenz Nr. US-WB 112, Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion), Verlag: Süddeutsche Allgemeine, Pforzheim, Telefon 3861 und 3862, Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

## Die Heimsuchung

### Schuld, Sühne und Demontage

... der die Sünden der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied, dies düstere Bibelwort lastet sichtbar über Deutschland, seit die Verantwortlichen ihr Gewissen prüfen, ob und wie sie am neuen Reparations- und Demontageplan der Doppelzone mitarbeiten müssen. Eine solche Gewissensforschung treiben vor der langen Reihe tödlich betroffener Industriewerke. Im Angesicht ihrer zerbombten Städte und hohlwangigen Mitbürger gegenwärtig Hunderttausende. Die problematischen Zusammenhänge zwischen Verbrechen, Schuld, Sühne und Wiedergutmachung werden dabei offenbar. Wie eine Heimsuchung biblischen Ausmaßes wirkt dabei die Belastung der Kinder und Kindeskinde der jungen Demokratie mit den Fehlern, Versägen und Vergehen ihrer Väter im Reich der Hitler. Denn diese Kinder und Kindeskinde hat die Welt für schuldig anerkannt; sie sind amnestiert. Aber sie sind angehalten mit ihren Arbeitsplätzen, Fabriken und Industriekapazitäten zu zahlen und wiedergutzumachen. Die Widersprüche, die sich in Deutschland regen, und die ersten Anforderungen an die Deutschen, die Kriegszweifel in anderen Ländern über diese Heimsuchung nicht zu vergessen, bezeugen, wie fremd Sieger und Besiegte sich geworden sind. Jeder sieht nur die Katastrophe daheim. Allen fehlen Vergleiche und Maßstäbe. Ganz sicher ahnen die, welche auf Demontage von Fabriken pochen, wenig davon, wie unermesslich der Herr dieser Welt den Übermut in Deutschland gestraft hat. Sie würden sonst dem ausgebluteten Wirtschaftskörper kein weiteres Blut abzapfen; sie würden vielmehr eine Bluttransfusion zustimmen, welche ihn regeneriert und in naher Zeit zu weitgehenden Reparationen befähigt, nur Wiedergutmachung durch Arbeit und Fabrikate statt durch lebensgefährliche Substanzabgabe. Ebenso wenig haben diesseitigen Grenzen Millionen, denen es bei der bloßen Vorstellung einer Demontage intakter Friedenswerke graust, ein klares Bild, was für Taten einige ihrer Landsleute in ihrem Namen verübten Taten, von denen es wie vor allen anderen Kriegsgreueln gestern wie heute überall in der Welt graust.

Zwischen diesem gegenseitigen Nichtvernehmenswissen und diesem Vergessen breiten sich die Erdschichten, welche für die Reparationsforderungen und ihr Gegenstück Fruchtbarkeit sind. Dies sind ihre metaphysischen Grundlagen, angereichert mit den Unwägbarkeiten differenzierter politischer Moral und Machtansprüche. Aber dies ist nur ihre eine Seite. Neben den ethischen Sittengesetzen zwischen Schuld und Sühne stehen die eisernen, weil nüchternen Gesetze des wirtschaftlichen Lebens. Sie entlarven jede Demontage als gesamteuropäische Substanzverschleuderung. Sie strafen

den menschlich-unzulänglichen, weil mechanischen Eingriff in einen lebendig-gewachsenen Industrieorganismus mit zwangsläufigem Chaos. Sie predigen technische Vernunft, das heißt das Ende jener Reißbrettplanungen am Schreibtisch von Diplomaten und Generalen, die gäuben, Industrien gleich Armeen quer über die Erde hin- und herzuschieben müheles und ohne Schaden. Ob Reparationen auf viele Jahrzehnte proklamiert wie nach 1918, ob sie sofort eingefordert werden, durch Demontagepläne 1947, es bleibt sich gleich. Es bleibt jedwede eine Gewalttätigkeit, ein Staatsstreich der Politik am Organismus von Binnen- und Weltwirtschaft. Dies wird deutlich werden, wenn das Unternehmen, das heute Demontageliste heißt, startet. Es wird Mitarbeit am Reparationsplan gefordert. Das heißt nicht nur demontieren. Das heißt jetzt auch die Steueransätze und Belastungen der Wohlfahrt sowie die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Umsetzung freierwählender Facharbeiter ermitteln. Das bedeutet den Nachweis, wo die Demontagelisten dem Marshall- wie dem Industrieplan diametral widersprechen. Das erfordert die Analyse, weshalb Deutsche und Alliierte so unterschiedliche Kapazitätsrechnungen aufmachen. Und es verlangt jetzt auf beiden Seiten zweierlei: viel Mut und viel Geduld. Peter Linfort.

## Gewerkschaften zur Demontage

Bad Pyrmont, 23. Okt. (Dena.) Die 8. internationale Gewerkschaftskonferenz, die seit dem 21. Oktober hier unter Teilnahme von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung aus allen deutschen Zonen und des Weltgewerkschaftsbundes tagte, wurde am Donnerstagabend mit einer Pressekonferenz abgeschlossen.

Den Pressevertretern wurden Kommuniqués über den Verlauf der Tagung, sowie eine Entschliessung der Gewerkschaftsvertreter der amerikanischen und britischen Zonen zur Demontagefrage übergeben.

In der letzten Resolution betonen die Gewerkschaftsvorsitzenden ihre tiefe Befürchtung über die bekanntgegebene Demontageabsicht zum Ausdruck. Sie betonen, daß sich die Gewerkschaften seit ihrer Wiedergründung zu der Verpflichtung des deutschen Volkes bekannt hätten, die anderen Völker durch die Verbrechen des Naziregimes zugefügten Schäden wiedergutzumachen. Es werde auch kein Einspruch gegen die restlose Demontage aller Rüstungsbetriebe erhoben. Um aber die Wiedergutmachungspflicht erfüllen zu können, müsse erst die zerstörte deutsche Wirtschaft wieder funktionsfähig gemacht und für die arbeitenden Massen das zum Leben notwendige Existenzminimum hergestellt werden. Die Gewerkschaftsvorsitzenden richten die dringende Bitte an die Besatzungsmächte, die angekündigten Demontagen nochmals zu überprüfen und, soweit sie ihnen als unabwendbar erscheinen, die Durchführung mit der größtmöglichen Milde zu betreiben. Darüber hinaus sollten nun alle bereits geplanten und noch weiter möglichen Maßnahmen zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft beschleunigt ins Werk gesetzt werden. An die deutsche Arbeiterschaft richten die Gewerkschaftsvorstände den Appell, sich auch durch diese neue Prüfung weder zu Boden stürzen noch zu sinnlosen Verzweiflungsausbrüchen hinreißen zu lassen.

## Die internationale Insel

Von unserem Berliner St.-Korrespondenten

Die Berliner neigen schon immer dazu, die Welt skeptisch zu betrachten. Das war so zu Zeiten der „Reichshauptstadt“ und ist in der „Viermächtestadt“ nicht anders geworden. Als Drehscheibe der allierten Politik zwischen Ost und West, von vier Besatzungsmächten regiert und als Torso bei der Zerstörung des preußischen Staates übriggeblieben, befindet sich Berlin heute in einer besonders heiklen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Lage. Die Bewohner dieser Stadt haben zuweilen das Gefühl, Zuschauer und Spielzeug zugleich zu sein, im Parkett zu sitzen und ihr eigenes „Insel-Drama“ zu beobachten, in dem sie die Marionetten sind, deren Fäden ein anderer lenkt.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist es nicht verwunderlich, daß politische Fragen bei den Berlinern oft auf ein halb mittelalters, halb spätmittelalters Lächeln stoßen. Dies gilt besonders für alle Vorgänge, die sich im Stadtparlament in der Parochialstraße abspielen. Es ist zum Beispiel dem fünfzehnten Berliner Tageszeitungen (daneben gibt es über achtzig Zeitschriften) und den städtischen Organen noch nicht gelungen, die Berliner für die Verfassungsdebatten so zu interessieren, wie sie vor den Wahlen am 26. Oktober 1946 für den Kampf um die „Freiheit von Furcht“ interessiert worden sind.

Ob Berlin in seiner zukünftigen Verfassung (nach den maßgebenden Entwürfen der SPD und CDU) die rechtliche Stellung eines Landes oder die einer „Hauptstadt“ (nach dem SED-Verfassungsentwurf) erhalten soll, — ob der Magistrat in einen „Senat“ mit einem regierenden Bürgermeister, seinem Stellvertreter und zwölf Senatoren und des

Stadtparlament in einen Landtag mit 100 Abgeordneten umgewandelt werden, ob der kompliziertere Verwaltungsaufbau zwischen Hauptverwaltung und den zwanzig Bezirken auf der Grundlage „zentral regieren — bestmöglich verwaltet“ erfolgt und das Verhältnis zu den alliierten Behörden innerhalb der Verfassung festgelegt werden soll (was die SED ablehnt), ob diese neue Verfassung rechtzeitig bis zum vorgeschriebenen Termin am 1. Mai 1948 der Alliierten Kommandatur vorgelegt und dann von allen vier Kommandaturen einstimmig genehmigt wird — all diese Probleme werden von der Bevölkerung wenig beachtet und von den täglichen Ernährungsstörungen überschattet.

Berlin braucht für seine drei Millionen Einwohner bei den jetzigen Rationen monatlich etwa 45 000 Tonnen Kartoffeln, 35 000 Tonnen Mehl und Nahrungsmittel, 40 000 Tonnen Fleisch (einschließlich Fisch), 300 Tonnen Zucker und 1400 Tonnen Fett. Mit besonderer Sorge blicken die Berliner auf die Kartoffeleinfuhr, nachdem die Möglichkeit, diese Erdäpfel in der näheren Umgebung „einzutauschen“ ziemlich aussichtslos geworden ist.

Aus diesem unwürdigen Zustand, daß die Berliner drei Schritte vor ihren jetzigen Toren schikaniert werden können und aus der Tatsache, daß die fehlende Roboterfabrik zur wirtschaftlichen Abdrockung führt, ergeben sich zwei Forderungen, die jetzt oft diskutiert werden sind: Einbeziehung aller Randgebiete rund um Groß-Berlin mit einem Radius von zwanzig Kilometern und ein internationalisierter Verbindungsweg von genügender Breite zum Westen. Eine solche Regelung würde auch dem Berliner Status einer „internationalisierten Binnenstadt“ entsprechen, deren Schicksal in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem Messer

## Der Hundeführer von Kochendorf

Aus dem Prozeß in Rastatt

Rastatt, 23. Okt. (Dena.) Wojteck, der als Lagerführer im Lager Kochendorf einen ausgezeichneten Überblick über die internen Lagerverhältnisse hatte, bezeichnete den Lagerführer Böttner und den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Kipf als die intellektuellen Urheber der großen Sterblichkeit im Lager. Trotz eines von einer SS-Dienststelle pro forma erlassenen Mißhandlungsverbotes seien fast täglich auf Grund einer Anweisung von Kipf Häftlinge wegen angeblicher ungenügender Arbeitsleistung blutig geschlagen worden.

Der Angeklagte Windgans schlug besonders gern die „Muckelmannen“, wie die körperlich am meisten heruntergekommenen Häftlinge von der SS genannt wurden. Er benutzte dazu den „Polmet-der“, wie er seinen Prügelstock nannte. Mit ihm schlug er, wie der Zeuge Wojteck aussagt, den polnischen Professor Friedländer so schwer, daß dieser zwei Tage später verstarb. Windgans wird weiter beschuldigt, vor den gesamten zum Appell angetretenen Lagerinsassen persönlich einen russischen Kriesszefangenen erhängt zu haben, der einen Fluchtversuch unternommen hatte und seinen Fluchtweg sowie das Versteck zwei mit ihm geflohenen Polen trotz zahlreicher Verhöre und Mißhandlungen nicht preisgab. Der Zeuge beschuldigte den Lagerführer ferner, mehrere Kisten mit Zivilkleidern von Häftlingen nach seiner Wohnung in Freiburg-Halsch geschickt zu haben. Wojteck, dessen gesamte Familie — ebenso wie die fünfköpfige Familie seines Bruders — hingerichtet wurde oder in KZ-Lagern umkam, betonte, er schuldete unbeeindruckt von diesen persönlichen Erlebnissen nur das, was er auf seinen Eid nehmen könne.

Rastatt, 23. Okt. (Dena.) Die Angeklagten Kaiser und Maurer, letzterer als „Hundeführer von Kochendorf“ bekannt, wurden von dem ehemaligen Häftling Wiesenkloha als die gefährlichsten SS-Leute des Lagers bezeichnet. Der Zeuge Schmidt aus Karlsruhe erklärte, daß Maurer auf einem beim Marsch zur Arbeit entkräfteten zusammengebrochenen Häftling den Hund gehetzt und den am Boden liegenden mit den Füßen getreten habe. Der so mißhandelte Häftling sei am nächsten Tag gestorben. Bei der Evakuierung des

Lagers Kochendorf wurden laut Zeugenangaben auf dem Marsch zusammengebrochene Häftlinge Schicht über Schicht auf einen von Häftlingen gezogenen Wagen geworfen, sodas auch die noch lebenden nach kurzer Zeit starben.

## Fünf Todesurteile in Dachau

Dachau, 23. Okt. (Dena.) Zum Tode durch Erhängen verurteilt ein amerikanisches Militärgericht den ehemaligen Lagerführer des Konzentrationslagers Gusen II, SS-Hauptsturmführer Max Pausch, die SS-Unterscharführer Wilhelm Kaupp, Emil Gay, Hans Sielaff und den früheren Häftling Rudolf Kasmeyer. Die fünf Verurteilten waren der Teilnahme an dem gemeinsamen Plan, die in diesen Außenlagern von Mauthausen zu löten, zu mißhandeln und auszunutzen für schuldig befunden worden. Der sechste Angeklagte, SS-Rottenführer Erwin Kaupp, stand unter der gleichen Anklage und erhielt 10 Jahre Zuchthaus. Die Beweisaufnahme des zehnjährigen Verfahrens hatte ergeben, daß der Hauptangeklagte Pausch neunzig Gefangene eines Transportes der nach Linz gebracht werden sollte, in einem Kühlwagen ermordet ließ. Außerdem konnte ihm die Ermordung eines polnischen Häftlings nachgewiesen werden.

## Synagogen-Brandstifter

Tübingen, 23. Okt. (Dena.) Vier Monate Gefängnis erlachte die große Strafkammer des Landgerichts Tübingen als genügend für die Brandstiftung zur Niederbrennung der Synagoge der kleinen jüdischen Gemeinde Bultenhausen bei Münsingen im Jahre 1938. Diese Strafe, die der Angeklagte Wolfram erhielt, hat er bereits verbüßt, da ihm seine Untersuchungshaft angerechnet wurde. Der Mitangeklagte Reinhold Schröder, seines Zeichens Kreisleiter unter den Nazis erhielt ebenfalls unter Anrechnung der Untersuchungshaft sechs Monate Gefängnis, weil er es unterlassen hatte, die Polizei über die Verurteilung der Angeklagte Bader zu sechs Monaten Gefängnis und der angeklagte Vatter zu vier Monaten und 14 Tagen Gefängnis. Die angeklagten Meißner, Lächele und Nau wurden freigesprochen.

## Zusätzliche Wahlbestimmungen

### Größere Verantwortlichkeit der Behörden — Gestaltung des Wahlsystems

Berlin, 23. Okt. (Dena.) Neue zusätzliche Wahlbestimmungen für die Städte, Kreise und Gemeinden in der US-Zone wurden in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland vorbereitet. Nach einer OMGUS-Direktive vom 14. Oktober 1947 wird die Verantwortlichkeit der deutschen Behörden bei diesen Wahlen erweitert, wobei allerdings die US-Militärregierung die Beobachtung und oberste Kontrolle beibehält. Die OMGUS-Direktive gibt einen Rahmen für die Gestaltung des Wahlsystems durch die deutschen gesetzgebenden Organe. Das Wahlsystem muß den Vorschriften der Militärregierung hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Verfahren entsprechen. So muß beispielsweise:

1. Jeder Parteikandidat oder jeder Kandidatenliste in geheimer Abstimmung in einer Versammlung von Parteimitgliedern oder Delegierten, die von den Parteimitgliedern gewählt wurden, aufgestellt werden. Bei der Aufstellung jedes Kandidaten oder der Kandidatenliste muß das Datum und der Ort der Parteiversammlung, in der die Namhaftmachung erfolgte, angegeben werden, außerdem muß der Wahlvorschlagn von zehn Wahlberechtigten, die an der Versammlung teilnahmen, unterschrieben sein.
2. Unabhängige oder unparteiliche Kandidaten bzw. Kandidatenlisten können ebenfalls aufgestellt werden. Dies muß unter Bedingungen geschehen, die ihnen eine ausreichende Wahlchance geben.
3. Die deutschen Behörden können

nen sich für das Urwahlsystem entscheiden, wenn sie es wünschen.

Für das aktive und passive Wahlrecht gelten folgende Bestimmungen: 1. Männer und Frauen haben das gleiche aktive und passive Wahlrecht. — 2. Zur Erlangung der Wahlberechtigung genügt ein einjähriger Aufenthalt im Wahlbezirk. — 3. Zur Ausübung der Wahl ist die deutsche Staatsangehörigkeit erforderlich. Personen, die vor dem 8. Mai 1945 deutsche Staatsangehörige waren und seitdem keine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, werden als deutsche Staatsangehörige betrachtet. Personen, die früher Mitglieder deutscher Minderheiten außerhalb Deutschlands waren, erhalten das Wahlrecht als deutsche Staatsangehörige. — 4. Aktiv und passiv wahlberechtigt sind ferner nur Personen, die nach den Entzerrungsbestimmungen des Befreiungsgesetzes tragbar sind.

Die letzten Gemeindevahlen in der US-Zone wurden zwischen Januar und Mai 1946 gehalten. Nach der Direktive der Militärregierung sollten die nächsten Wahlen innerhalb zwei Jahren stattfinden. Um die Wahlkampagne unter besseren Weiterbedingungen durchführen zu können, hat die Militärregierung die deutschen Behörden ermächtigt, die Wahlen bis auf den letzten Sonntag im August hinauszuschieben. Die Wahlen in Berlin werden entsprechend dem bestehenden Abkommen mit den anderen Besatzungsmächten abgehalten.

denen die französischen Streifen („Die Kinder des Gymn“ und „Sinfonie pastorale“) führend am besten gelaufen. Leider sind auch hier die Sektorgrenzen noch nicht überwunden; nur zwischen dem amerikanischen, dem englischen und dem französischen Sektor findet ein Ausgleich statt, der russische Sektor ist noch immer hermetisch abgeschlossen.

Es fehlt ferner nicht an Kunstausstellungen, Vortragsreihen und ähnlichen Veranstaltungen und für den Musikliebhaber bietet sich Gelegenheit, die Philharmoniker unter Furtwängler (der im September allerdings in Potsdam dirigiert) zu hören.

Wie schon in den beiden letzten Jahren werden die Berliner auch in diesem Herbst in ihren Theatern, Kinos und Konzertsälen meist unter sich sein, denn von einem Reiseverkehr kann nicht mehr gesprochen werden. Die dadurch fehlenden Vergleichsmöglichkeiten mit den anderen deutschen Ländern und Zonen wäre den „Insulanern“ aber gerade jetzt mehr zu wünschen, als der große „Blick in die weite Welt“.

## „Deutsche Kunst der Gegenwart“ in Baden-Baden

Im Kurhaus Baden-Baden begrüßte Oberbürgermeister Dr. Schlappner die drei letzten Jahrzehnten aufhoht. Colonel Francois überblickte auch weitere Ausstellungen der Zone, z. B. die gerade in Freiburg geschlossene und demnächst eröffnete, und charakterisierte die neuesten Kunstrichtungen mit dem Wahrspruch: „Schreiben ist nicht beschreiben und malen nicht schildern!“ Sie dankten den sechs Ausstellungskünstlern, von denen Dr. Kurt Martin (von den Kunstsammlungen in Karlsruhe und Freiburg) betonte, daß es nicht Aufgabe solcher Ausstellungen sei, einen

wart“, die aber breitere Entwicklungslinien dadurch erkennen läßt, daß sie aus den drei letzten Jahrzehnten aufhoht. Colonel Francois überblickte auch weitere Ausstellungen der Zone, z. B. die gerade in Freiburg geschlossene und demnächst eröffnete, und charakterisierte die neuesten Kunstrichtungen mit dem Wahrspruch: „Schreiben ist nicht beschreiben und malen nicht schildern!“ Sie dankten den sechs Ausstellungskünstlern, von denen Dr. Kurt Martin (von den Kunstsammlungen in Karlsruhe und Freiburg) betonte, daß es nicht Aufgabe solcher Ausstellungen sei, einen

## Mr. G. P. Mater zum Abschied

In diesen Tagen verläßt wieder ein uneigennützig Helfer der deutschen Zeitungen unser Land, um in seine Heimat, die USA, zurückzukehren. Es ist Mr. Gene P. Mater, stellvertretender Chef der Press-Control von Württemberg-Baden mit Sitz in Stuttgart.

Der junge Journalismus im neuen Deutschland verliert in ihm einen unermüdeten Förderer, der den Aufbau des Zeitungswesens besonders in Württemberg-Baden nach besten Kräften unterstützte. Die Zeitungsverleger und Redakteure verdanken ihm manche wertvollen Anregungen und sie hoffen, daß er, wieder unter seinen Landsleuten, gern an Deutschland zurückdenken wird. Good luck to you, Mr. Mater!

## Deutschland-Rundschau

### Verleihe Westzonen

München, (Dena.) Suchanfragen von Deutschen nach Angehörigen in den USA werden ab 1. November nur noch in unmittelbarer Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Roten Kreuz in Washington und der Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft München erledigt werden. Regensburg. Die gesamten Bahnanlagen im Bereich der RBD Regensburg sind neuerdings gesperrt worden. Personen, die das durch Warntafeln besonders gekennzeichnete Gelände betreten, werden festgenommen und abgeurteilt. Diese Maßnahme soll vor allem im Winter zu erwartenden Lebensmittelnotständen aus Gärtnereien verhindern helfen.

Nürnberg. Im fränkischen Gebiet sind falsche M-RM-Scheine im Verkehr. Sie sind 6-8 mm breiter als die echten, außerdem kenntlich durch die Ziffergruppen „06“, „07“ und das fehlende Kopf-Wasserszeichen.

Bayreuth. Von 181 im September in Bayreuth zur Welt gekommenen Babys erhielten 166 keinen Kinderwagen, berichtet die „F“ und erweitert in diesem Zusammenhang die Statistik auch auf den August, in dem bei 137 jüngsten Ergebürgern nur ein einziger Kinderwagen zur Verfügung stand.

Frankfurt, 23. Okt. (Dena.) Das amerikanische Hauptquartier genehmigte seit Aushebung des Heiratsverbotes im vergangenen Dezember bis zum 30. September d. J. 1948 Eheschließungen zwischen Amerikanern und Deutschen. Berlin, (Dena.) Alle Geldmittel und Vermögenswerte, die durch Entscheidung amerikanischer Militärgerichte im amerikanischen Sektor von Berlin in Form von Geldstrafen und Beschlagnahme eingezogen, werden zu Gunsten der Bevölkerung des amerikanischen Sektors Verwendung finden, erklärte der Direktor der amerikanischen Militärregierung für den US-Sektor, Frank L. Howley.

Berlin, (Dena.) 60 Arbeiter der Firma Engels A.-G. in Verbert bei Düsseldorf haben sich auf Anweisung der Gewerkschaften geweigert, den Befehl zur Demontage auszuführen.

## Frankfurtische Zone

Frankfurt, 23. Okt. (Dena.) Die Stromsperre hat im Kreis Friedland jetzt auch eine weitere störende Auswirkung gebracht. In manchen Bezirken des Kreises wird während der Abschaltstunden auch eine Abschaltung der Teilnehmer vom Fernsprechnetz vorgenommen. — In Einlage an im Kreis Wangen stürzte ein 17jähriger Landwirt von der Dreschmaschine auf die Tenne; er war sofort tot. — Im Alter von 78 Jahren starb in Biberach der bekannte Orgelbauermeister Albert Reiser. — In einen Teppich gebüht, wurde in Rottweil ein 14 Tage alter Knabe ausgesetzt aufgefunden. — Nachts wurde in Eschenhausen ein vier Zentner schweres Schwein im Stall eines Landwirts abgestochen und hinter dem Hause ausgekommen.

Koblenz. Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz beschloß die Einrichtung einer Hauptwirtschaftskammer. Sie ist in der Verfassung vorgesehen und soll als Zentralorgan der heimischen Wirtschaft wirken.

mehr oder weniger vollständigen Überblick über neue Zeichenkunst, Malerei und Plastik zu geben. Vielmehr müssen die neuen Wege zur Diskussion gestellt, das Richtungweisende ausgebaut werden, um der allgemeinen Förderung zu dienen. Es gelte, die so lange uns aufzuzwingende Absperrung und Isolierung zu überwinden, die unser Schaffen in seinen Fortschritten mehr behindert habe, als man gemeinhin anzunehmen geneigt sei. Auch er dankte dem Kulturrat Baden-Baden, der diese Ausstellung organisiert und durchgeführt, sowie dem Kulturbund für demokratische Erneuerung Deutschlands in Berlin, durch dessen Mitwirkung es möglich wurde, auch Werke der übrigen Zonen heranzubekommen. Er dankte auch den Kunstsammlern, die wichtige Stütze unserer Kunstentwicklung in großzügigstem Entgegenkommen zur Verfügung gestellt haben. So gelang die Ausstellung trotz aller Verkehrsschwierigkeiten, wie Colonel Francois treffend bemerkte, da es eher möglich wurde, sorgfältig zusammengepackte Bilder auf Reisen zu schicken, als Besucher, die in die Tausende gehen. — Die anschließende allgemeine Besichtigung, die gleich angelegte Diskussionen vor bestimmten Bildern auslöste, überzeuhte von dem vielfältigen, nach ganz neuen Mitteln wegen ringenden Vortrupp, unter dem der originelle Willi Baummeister (Stuttgart) mit „Lichte Gestalten“ und „Farbige Wolken“ Fragen aufwarf. Aber auch die früheren Wegweiser sind vertreten, wie der leider schon 1938 verstorbene Ernst Barlach, Max Beckmann, Ernst Ludwig Kirchner, der im Vorjahr in Locarno-Muralto verstorbene Paul Klee, Wilhelm Lehmbruck, Alfred Kubin und Paula Modersohn-Becker. Franz Marx ist leider nur mit zwei Tierbildern vertreten. H. Kubin mit vieren. Eine sehr anregende Schau des Neuen! Fr. Basse.

Wortpsychose?

Der obstatiebende Lausbub ist bereits klassisch geworden. Es hat ihn wohl zu allen Zeiten gegeben...

Im Gegenteil. Irgendwo im Landkreis Karlsruhe soll es einen ganz rabiaten Obstbaumbesitzer gegeben haben...

Das Erstaunlichste an dieser Schauer Geschichte ist, daß sie nicht nur etwa von Kindern und Halb...

Nicht so Anesthet. Hebe Mutter, wenn Dein Kind einmal ein paar Minuten überfällig ist: so schnell werden weder Perlen noch Kinder...

Versammlungstermine der Parteien

- SPD, Kfz-Stadt, Bietenheim/Balck: 25. 10. 20 Uhr. 'Löhner', Mitgliedervers., Jung...

Kleine Karlsruher Chronik

Unfälle. Bei der Hauptpost wurde ein Fußgänger, der unvorsichtig von der Verkehrsinsel zum Gehweg der Kaiserstraße...

Gegen die städtischen Wiederaufbau-Vorschläge für die Kaiserstraße, wie sie in der Ausstellung im Kunstreuen gezeigt wurden...

Hilfsstelle für heimatvertriebene Juristen. Das Justizministerium in Stuttgart hat vor einiger Zeit die Bildung einer Hilfsstelle für heimatvertriebene Juristen...

Zum Interzonen-Konferenz. Die Quartiergeber werden gebeten, ihre Quartiere bereitzuhalten, auch wenn keine weitere Benachrichtigung erfolgt.

'Das magische Weltbild', so erläuterte P. Paul Schmidt in seinem Vortrag am Samstag im vollbesetzten Redienbacher-Hörsaal...

'Unsterbliches Hellas' war der Titel eines Farb-Lichtbildervortrags, den Dr. Joachim Gerstenberg dieser Tage im Bonifatiusaal hielt...

Das öffentliche Lesezimmer, Bismarckstraße 39, das vom Vollsband für Dichtung, Form, Schaffelbaum, eingerichtet wurde...

Badische Rundschau

Brief aus Bretten

Die im März gegründete Ortsgruppe des Verbandes für Körperbeschädigte, die heute schon 100 Mitglieder zählt, kam in der 'Linde' zusammen...

Schau der Neuparkane Wästenrot, Gemeinnützige G. m. b. H., Ludwigsburgstadt. Das Mädchenheim in Bretten, eines der größten Erziehungsheime der 'Inneren Mission'...

Akademie der Bildenden Künste eröffnet

Im Beisein hoher Persönlichkeiten von Militärregierung, Stadtverwaltung und Kultusministerium fand in der 'Kurbel' anlässlich der Wiedereröffnung der Badischen Akademie der Bildenden Künste...

Höhepunkt der Veranstaltung bildete unter dem Titel 'Unsere Akademie, Tradition und Verpflichtung' Ziele und Wege' eine Ansprache des neuernannten Direktors der Akademie...

Anarchie unserer Tage. Jedem Strebenden sei nun wieder, so führte er weiter aus, die Möglichkeit zu künstlerischer Berufsausbildung gegeben...

Pforzheimer Mörder verhaftet? Nach Mitteilung des Landespolizei-Kommissariats Pforzheim ist der 19-jährige Bäckerei-Helfer Hans Riese...

Freiwillige im Ruhrgebiet. Mit Beginn der kälteren Jahreszeit haben die Freiwilligen-Meldungen für den Ruhrbergbau wesentlich zugenommen...

Die Plakatsäle

Wohnausgabe in Gaststätten. An alle Verbraucher über 20 Jahre wird durch die Gaststätten 4 Liter Wein ausgegeben...

Schweinefleisch. Das Ernährungsrat fordert die Bevölkerung auf, das süddeutsche Schweinefleisch umgehend einzukaufen...

Neue Kreuzfahrtschiffe. Mit Beginn der 197. Zustellungsperiode wurden neue Kreuzfahrtschiffe ausgeben...

Die erste Auszahlung der Spenden aus Mitteln der K. N. G. an die Bedürftigen der Stadt Karlsruhe durch die städt. Wohlfahrtsverwaltung...

Heiserkurse. Die Heiserkurse, Gruppe 1 und 2, begannen am Montag, 27. Okt., 8.30 Uhr...

Gastspiel Margarethe Lindner

Die Aufführung der Oper 'Tosca' mit Margarethe Lindner von der Staatsoper Berlin als Gast in der Titelpartie wurde zu einem glückseligen Erlebnis...

Ehrung Heinz-Gerhard Zirchers. Der Ausstattungschef und Bühnenbildner des Badischen Staatstheaters, Heinz-Gerhard Zircher...

Aus den Konzertsälen

Der Geiger Sigmund Bleier - wir erwähnten ihn bereits lobend anlässlich seines Auftretens im September - spielte Werke von Tartini, Beethoven und Paganini...

Der Klavierabend Günther Weigert hingegen konnte weit besser gefallen. Hier trat ein Künstler auf Podium, der in jeder Hinsicht sicheres, wenn auch...

stark gefühlbetontes Stillempfinden und nicht zuletzt - ausgeglichenes Können mit sich brachte.

Einem weiteren Klavierabend gestaltete Udo Dammer. Obwohl der Dogen des Programms ohne verbindliche Übergänge zeitlicher Perioden etwas zu weit gespannt war...

Neuzensurierung im Staatstheater: „Der fidele Bauer“

Die Operette - sie sei vorerst noch so bezeichnet - ist heute etwas über 40 Jahre alt. Sie wurde im Jahre 1906 im Mannheimer Nationaltheater uraufgeführt...

Die Aufführung selbst antwortete reichlich für all die inhaltlichen Mängel. Unser Staatstheater hatte sich aufs Äußerste bemüht, eine bis ins Kleinste durchgearbeitete Vorstellung herauszubringen...

Operette, noch eine komische Oper, hinwiederum aber auch mehr als ein musikalischer Schwank oder Possé. Die Musik hat Farbe und Wärme - aber selbst das Kernstück einer guten Operette fehlt: Sie hat keinen Witz!

Tanzabend Palucca

Um ein Moment darstellerischer - und kommunikativer herauszutreten, sei der Chopinische 'Trauergesang' erwähnt, den die Tänzerin Palucca mit bis ins Kleinste ausgefeilter Beherrschung aller Register tänzerischen Könnens bot...

Jazz - gesungen und gespielt

Lale Andersen und Evelyn Künneke. Auf Einladung der Konzertdirektion René E. Wegmann sang Lale Andersen wieder einmal in Karlsruhe. Das ihr Auftreten zu einer kleinen Sensation und einem Kassenerfolg wurde...

Zweit unterhaltsame Mitternachtstunden besetzte die Filmschauspielerin Evelyn Künnecke. Die Sängerin hat eine sympathische Art des Vortrags, ungekünstelt, voll Charme und Wärme...

Um den silbernen Trommelstock

Den Jazzfreunden Karlsruhes wurde selten Jazzmusik so konzentriert geboten: sechs Bands reisten ihr Können beim Wettstreit um den 'Silbernen Trommelstock' zu mitternächtlicher Stunde in der Kurbel...

Vorübergehend trüb - neblig

Vorbereite das Amt für Wetterdienst Karlsruhe. gültig bis Sonntagabend: Bis Samstag meist bedeckt, einzelne schauerartige Regenschauer...

Ehnenwasserstände vom 23. Oktober 1947. Konstanz 254 (-1); Breisach 51 (-3); Kehl 98 (-6); Maxau 270 (+1); Mannheim 123 (unv.); Caub 68 (-1).

Lokalredakteur: Heimo Haag, Karlsruhe. Redaktion: Waldstr. 28. Tel. 9590-9593. Anzeigenannahme und Vertrieb: Fa. Beitz, Karlsruhe. Karlsruh. 14. Tel. 1984 (Zweigstelle Ettlingen, Kronenstr. 4, Tel. 412).

